



66 Personen stimmten in der Steinberghalle durch ihre Unterschrift der Satzung zu und schufen so die Grundlage für eine Nahwärmegenossenschaft Prechtal. Weitere anschlusswillige Bewohner werden aber noch gesucht.

FOTO: NIKOLAUS BAYER

Gründung steht unter Vorbehalt

Nur 66 Gründungsmitglieder für Nahwärmegenossenschaft Prechtal / Rentabilität nicht gegeben / Weitere Anschlusswillige gesucht

Von Nikolaus Bayer

ELZACH-PRECHTAL. Der Elzacher Ortsteil Prechtal soll für das Wohngebiet Schrahhöfe ein Nahwärmenetz erhalten. Betreiber wird die Nahwärmegenossenschaft Prechtal sein, für deren Zustandekommen jetzt die Beschlüsse gefasst wurden. 102 Interessierte kamen in die Steinberghalle zur Gründungsversammlung. Eine Initiativgruppe hatte sie vorbereitet. Noch offen ist aber, ob die Genossenschaft auch entstehen wird, da die kalkulierte Mitgliederzahl nicht erreicht wurde.

Die Initiativgruppe stellte – nach einem Info-Abend im September (die BZ berichtete) – erneut die Vorteile der vorrangig mit Holzhackschnitzeln betriebenen Nahwärmeversorgung vor. Klaus Holzer nannte die Stichworte hohe Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen und expandierenden Öl- und Pelletspreisen sowie stabile Brennstoffbeschaffung mittels Langfristverträgen. Ein Anschluss an das Nahwärmenetz sei halb so teuer wie eine neue Heizanlage. Jeder Abnehmer könne mit 45 Pro-

zent Zuschuss rechnen und auch Wartungskosten würden künftig entfallen. Bereits gesichert hatte die Initiative eine Baufläche für die Heizzentrale und sich dabei vom Fachbüro Berghoff-Hölken beraten lassen, das auch das große Elzacher Netz geplant hat. Ingenieur Arnold Berghoff warb ebenfalls für das Prechtäl Vorhaben, bei dem jedes Genossenschaftsmitglied „einen Anspruch auf Komplettversorgung“ erlangen würde.

Eine erste Vollkostenrechnung, vorgelegt von Michael Morath, ermittelte für Gebäude, Heizungstechnik, ein 1,2 Kilometer langes Netz, Übergabestationen und Anschlüsse eine Investitionssumme von 3,572 Millionen Euro. Den künftigen Genossen wurde ein niedriger Wärmepreis von 0,14 bis 0,17 Euro pro Kilowattstunde in Aussicht gestellt; dafür aber eine zusätzliche Grundgebühr von 50 Euro pro Monat angekündigt, was im Publikum nicht jedem zu gefallen schien. Als Ziel wurden 84 Hausanschlüsse, die auch sofort Wärme abnehmen, für nötig angesehen, um die Genossenschaft von Beginn an rentabel zu betreiben.

„Ansonsten dürfte es schwer werden, eine Genehmigung durch den Genossenschaftsverband zu erhalten“, kündigte

Morath – fast beschwörend – gleich zweimal am Abend an. Viele kritische Fragen, auch zu Details, zogen die Versammlung, die von Ortsvorsteher Karl-Heinz Schill geleitet wurde, knapp drei Stunden in die Länge.

Den Satzungsentwurf der künftigen Genossenschaft stellte Martina Joos vor. Darin vorgesehen ist unter anderem, dass Überschüsse zu zehn Prozent in die Rücklage fließen und ansonsten für Ausschüttungen oder einen niedrigeren Wärmepreis zu verwenden seien. Zu bestimmen hat darüber die Genossenschaftsversammlung. Als einmalige Genossenschaftseinlage wurden 2000 Euro pro Mitglied vorgeschlagen.

Dem Entwurf stimmten danach 66 Personen durch Unterschrift zu. Sie erklärten damit ihre Mitgliedschaft, zeichneten ihre Einlage und gründeten die Genossenschaft. Für die Versammlungsleitung waren das 18 Unterzeichner weniger als kalkuliert.

Nach kurzer Beratung fuhr man aber in der Tagesordnung fort. Die Zeichner wählten – jetzt als Genossenschaftsversammlung – den Aufsichtsrat. Die vorgeschlagenen Michael Morath, Dietmar Oswald, Hermann Schindler und Bürger-

meister Roland Tibi wurden mit nur einer Gegenstimme berufen. Das Gremium wählte dann Tibi zum Vorsitzenden und „bestimmte“, wie es die Satzung vorsieht, den Vorstand. Dieser besteht aus Karl-Heinz Schill, Martina Joos, Klaus Holzer und Jürgen Kury.

Die Versammlung stimmte auch dem Beitritt zum Genossenschaftsverband des Landes und der Beantragung eines Prüfungsgutachtens zu. Dem Vorstand wurde – wenn der Registereintrag erfolgt ist – eine Kreditobergrenze von vier Millionen Euro eingeräumt. Ob die Genossenschaft allerdings auch aktiv werden kann, blieb am Ende offen. Der Vorstand verständigte sich intern darauf, noch 14 Tage abzuwarten, in denen weitere Mitglieder gefunden werden sollen.

„Wenigstens 80 Hausanschlüsse müsse man haben, sonst könne das Genehmigungsverfahren nicht weiterverfolgt werden“, lautete nun die Ankündigung. Für Bürgermeister Tibi würde damit aber eine Chance verspielt. Noch während der Versammlung wandte er sich deshalb an unentschieden Gebliebene, die Vorteile einer Nahwärmeversorgung doch zu erkennen und sich der Genossenschaft anzuschließen.